

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Pflegenotstand verhindern – Personalbemessung und Ausbildungsinitiative jetzt!**

In den Krankenhäusern im Land Bremen herrscht permanente Personalknappheit. Einerseits bedingt durch einen immer stärkeren Fachkräftemangel und andererseits aufgrund einer grundsätzlich zu knapp bemessenen Personalausstattung. Das Pflegepersonal in den Krankenhäusern arbeitet seit Jahren am Limit, grundlegende Vorgaben zur Sicherstellung der Patientinnen- und Patienten-Sicherheit können aufgrund von Zeitdruck und Arbeitsverdichtung häufig nicht mehr eingehalten werden. Gefährliche Pflege, Frustration und schließlich Resignation beim Pflegepersonal sind die Folgen. Viele Beschäftigte verlassen aufgrund der steigenden physischen und psychischen Belastung den Beruf.

Wesentliche Ursache für diese Situation ist der zunehmende ökonomische Druck, der auf den Krankenhäusern lastet. Unter dem Gebot der Fallpauschalen wird die Quantität der Versorgung über die Qualität gestellt. Krankenhäuser stehen unter dem Druck selbst bei ungenügender Finanzierung durch die Länder und die Krankenkassen schwarze Zahlen zu schreiben. Doch Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Teil der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge.

Wie das Gesundheitsberufe-Monitoring des SOCIUM an der Universität Bremen im vergangenen Jahr ergeben hat, steuert das Land Bremen in den meisten Gesundheits- und Pflegeberufen auf eine erhebliche Fachkräftelücke bis zum Jahr 2035 zu, wenn die Ausbildungskapazitäten nicht rasch deutlich aufgestockt werden. Unter Berücksichtigung der altersbedingten Austritte aus dem Erwerbsleben kommt das Monitoring für die Gesundheits- und Krankenpflege auf eine prognostizierte Fachkraftlücke von 2 500 Stellen im Jahr 2035 bei gleichbleibenden Ausbildungszahlen. Die Untersuchung des SOCIUM hat vor diesem Ergebnis auch den notwendigen Ausbau der Ausbildungskapazitäten berechnet und geht über alle Bereiche der Gesundheits- und Pflegeberufe von einer notwendigen Verdopplung der Ausbildungsplätze aus.

Um der aktuellen und zukünftigen Unterbesetzung im Pflegebereich entgegenzuwirken, sind grundlegende Schritte notwendig. Die zum 1. Januar 2019 im Rahmen des Pflegepersonalstärkungsgesetzes eingeführten Personaluntergrenzen für bestimmte Stationen (Intensivmedizin, Geriatrie, Kardiologie und Unfallchirurgie) sind keine Lösung. Im Gegenteil. Personaluntergrenzen zementieren den schlechten Ist-Zustand in vielen Krankenhäusern. Unterbesetzungen im Pflegebereich kann nur über den Weg einer bedarfsgerechten Personalbemessung nachhaltig entgegengewirkt werden.

In mehreren Bundesländern, namentlich Hamburg, Berlin und Bayern wurden Volksbegehren für eine Personalbemessung und für mehr Pflegepersonal in den Krankenhäusern initiiert. Auch in Bremen wurde im Herbst 2018 ein solches Volksbegehren gestartet und innerhalb kürzester Zeit wurden mehr als 11 000 Unterschriften gesammelt. Der Bremer Senat könnte sich nach diesem deutlichen Signal aus der Bevölkerung das Ansinnen des Volksbegehrens zu

eigen machen und einen Gesetzesentwurf vorlegen, der das Bremische Krankenhausgesetz (BremKrhG) um Regelungen zur Personalbemessung und Qualitätsanforderungen in der Pflege erweitert.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Sich auf Bundesebene für die Einführung und Finanzierung einer gesetzlich vorgeschriebenen bedarfsgerechten, verbindlichen und sanktionierbaren Personalbemessung in allen Krankenhäusern einzusetzen.
2. Auf Landesebene das Ansinnen des Volksbegehrens für mehr Krankenhauspersonal aufzugreifen und bis zur Bürgerschaftssitzung im Mai 2019 einen Gesetzesentwurf für das Bremische Krankenhausgesetz (BremKrhG) vorzulegen, der Regelungen für eine bedarfsgerechte Personalbemessung (PPR 2.0) enthält.
3. Dafür Sorge zu tragen, dass die Ausbildungskapazitäten in den Gesundheitsberufen ab dem kommenden Ausbildungsjahr verdoppelt werden.
4. Zusätzlich bis zum Ende der 19. Legislaturperiode ein Konzept zu erstellen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege, unter Berücksichtigung familienfreundlicherer und altersgerechterer Schichtmodelle, einer besseren Vergütung – insbesondere für Springerdienste und Mehrarbeit.

Peter Erlanson, Klaus Rainer Rupp, Kristina Vogt
und Fraktion DIE LINKE